

Saale-Zeitung.

Ständeschriftlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pf., folche aus Gallert 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von einem Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis

für Halle wöchentlich 2,50 M., bei monatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts halbjährlich 2 M., vierteljährlich 1 M., monatlich 50 Pf., postfrei eingeschrieben.

Chefredacteur: Carl Dehmann in Halle S. Expedition am 11-11 Str. (Hauptredaktion: Stephanstr. 2332. - Expedition Nr. 176.)

Nr. 216.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 10. Mai

1900.

Neue Börsesteuer.

In der Budget-Kommission ist bei Beratung über die Aufbringung der für die neue Aktiennotlage erforderlichen Mittel von Seiten des Centrums bekanntlich eine Erhöhung der Börsesteuer beantragt worden.

Man braucht ja thatsächlich nur einen Blick in den Kreisbogen einer Zeitung zu werfen, um zu sehen, wie die Börse alle Interessen berührt, von den großen Aktienunternehmungen aller Art, mit denen das Volk und Wege von Kaufmann und Arbeiter.

Von diesem ungetrübten, weitergehenden Gebiete der Börse hat man wie schon gesagt - im Volk gar keine rechte Vorstellung; dort ist die Börse unpopulär und dort fremt man sich, daß die "Börse" von neuem "bluten" soll, ohne zu bedenken, welche Schädigungen für das Volkvermögen und alle wirtschaftlichen Verhältnisse daraus entstehen können.

Was nun die Wirkung der neuen in Aussicht genommenen Steuer anbelangt, so dürften die daran geknüpften Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Nach den vorliegenden Anträgen soll die "Börsesteuer" eine Erhöhung von ca. 150 Proc. erfahren.

Doch trotz solcher Erwägungen und Bedenken gewisse Parteien aus Populärtheilnahme und aus Haß gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung für eine immer schärfere Belastung der Börse eintreten, läßt sich begreifen. Nicht begreifen läßt sich aber das Verhalten der Regierung, wenn sie sich immer von neuem diesem entwicklungsfeindlichen Treiben gegenüber nachgiebig und schwächelt zeigt.

Die gegen klar, welche Zustände eintreten, wenn die sich auf die Börse beziehende Gesetzgebung nur von einseitigen, blindem Haß diktiert ist. Und noch eines sollte die Regierung bedenken. Die Börse und die damit aufs innigste verknüpften Kreise der Banken, der Industrie, des Handels, des Verkehrs, sind bisher stets reichlich zu jedem Opfer in Bezug auf die Weidlichkeit des Reichs bereit gewesen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Das königliche Schloss in Charlottenburg wird, der Aut.-Hof-ankunft, in diesem Sommer umfangreichen Renovierungen unterworfen werden. Deswegen verläßt der Kaiser 1888 von Schloss Friedrich den 10. im ersten Etage des Appellationsbezugs Gartenplatz zwischen Fuß und Mittelstr., sowie neue Malereien. Die Arbeiten sollen in den folgenden Monaten fortgesetzt werden, um das Schloss allmählich für den Aufenthalt eines der kaiserlichen Prinzen herzubereiten.

Wohlfahrt sind die Gründe der Nichtbestimmungen?

Sehr widersprüchlich und unverständlich werden allmählich die Mitteilungen über die Gründe der in letzter Zeit bekannt gewordenen Nichtbestimmungen von Wahlen freizimmeriger Männer zu Reichstagsmitgliedern.

"Pflicht der Selbsterkhaltung" zu erklären sucht und geradezu eine Pflicht der Regierung zur Begünstigung derjenigen Parteien, die ihr traditionell eine Stütze gewähren, proklamirt, weil die "Kreuzzeitung" erfahren haben, daß, "insoweit die fraglichen Fälle in der Ministerialentscheidung schon näher bekannt geworden sind, keine Bedenken ist, daß die Angehörigkeit der Kandidaten zur freizimmerigen Partei auf die Entscheidung von Einfluß gewesen wäre.

Wie unberechtigt übrigens eine Darstellung der Wahl Dull's als "Parteiwahl" ist, ergibt sich nach der "Königsberg. Post." daraus, daß für Dull's Wahl alle jene Momente ausschlaggebend gewesen sind, die bei der jüngsten Wahl in Berlin gerade die freiservantive Berliner "Post" selbst für Herrn Meubert anführten mochte.

Politisches.

Die Anknüpfung der Centrumpresse, daß der Reichstag sich unter allen Umständen wieder mit der lex Heinze zu beschließen haben werde, findet in der nationalliberalen Presse einen bemerkenswerthen Echo.

Die Nationalliberalen haben heute nicht mehr das Bedürfnis, dem Centrum beistimmen zu sein, daß das Gesetz für und fertig werde. Es wird abzuwarten sein, ob die nationalliberale Reichstagsfraktion diesen Standpunkt theilt.

Die "D. Tageszeitung" befreit die Meinung der Nat. Korresp., daß bezüglich des Reichstages in der konservativen Reichstagsfraktion nicht weniger als drei verschiedene Ansichten beherrschen. Sie behauptet, daß die Meinungsverschiedenheiten sich nicht auf die drei Fraktionen, sondern "nur" auf die Einheit von Reichstagsmitgliedern beziehen.

Schule und Kirche.

Die Währungsreform über die "Straßburger Fakultätskommission" ist nach dem Reichsb.: Der wahre Grund des Scheiterns der Verhandlungen liegt nicht in Weltanschauungs- oder kirchlichen Differenzen. Es handelt sich vielmehr um die Forderung, daß die Reichstagskommission nach der Entscheidung, welche der Ultramontanen die zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genannt hat, katholisch-theologische Fakultäten an den staatlichen Hochschulen auf denjenigen Reichstagsmitgliedern, auf welcher die alten Fakultäten in Bonn, Breslau, Münster und an den süddeutschen Universitäten ruhen, einfach nicht mehr zu läßt, wenn sie um ihre Zustimmung gefragt wird.

Verwaltung und Reichspost.

Das Attentat gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Lieber beschäftigte die 2. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin. Unter der Anklage der förderlichen Mithandlung und wissentlichen Beihilfe wurde dem Gerichte der 26-jährige, wegen Aufreihung mit 8 Monaten Gefängnis bestrafte Verlagsbuchhändler und Schriftsteller Gustav Adolf Brand als Hauptthäter vorgeführt.

Dr. Lieber zweimal über Arm und Schulter geschlagen haben. Der Angeklagte behauptet, daß ein eigentliches Schloß nicht statigünden, daß es sich vielmehr nur um eine "Bemittelung" der Rechte mit 20 Pf. handelte. Er behauptet, daß Dr. Lieber mit der Rechte nur 10 Pf. bezahlt habe. Er gibt zu, daß bei dieser Gelegenheit zu Dr. Lieber gesagt zu haben: "Jenen, dem Weidenscheider der preussischen Regierung, und dem Reichstagsmitglied in Saden des Dr. Sternberg die Duldung!"

Parlamentarisches.

In das Herrenhaus neuerben worden ist der Oberbürgermeister von Thorn Dr. jur. Kersten an Stelle des vom Reichstag abgetretenen Dr. Köhl. Dr. Kersten war bekanntlich als Kandidat in seine Wahlkreis gewählt worden, nachdem er als Abgeordneter für Pommern-Schlesien gegen den Kanal gestimmt hatte. Einige Zeit darauf war er zum ersten Bürgermeister von Thorn gewählt worden und hatte in diesem Jahre sein Mandat aus Abgeordnetenamt wiederbelegt, als er für das Herrenhaus präferirt worden war.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Post.)

189. Sitzung vom 9. Mai. 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt. Am Reichstagspräsidenten: Graf Poldowski.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Verhandlung des Reichstags, betreffend die Sozialdemokratischen Forderungen mit Art. 1.

Das Gesetz wird ohne Debatte definitiv angenommen. Die Beratung des Gesetzes in der 1. Lesung wird am 11. Mai im Reichstagsgebäude stattfinden.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß der Reichstag innerhalb 14 Wochen erledigt muß und eine Erklärung des Reichstags-Gutachten, sowie der Protokolle beizufügen ist.

Die Kommission (Soy.) begründet den sozialdemokratischen Antrag und meint, durch das letzte Verbot sei der Arbeiter zu sehr benachteiligt.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt. § 62 handelt von der Berufung an das Schiedsgericht. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen Antrag, wonach die Fälle eines neu eingeleiteten Verfallsverfahrens ausgenommen sein sollten. § 74.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.

Der Antrag Dörschel (Chr.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Verlegung der Reichstags bei persönlichen Angelegenheiten.







Beste Nachrichten.

Wien, 9. Mai. Es besteht die Aussicht, in der Reichsregierung zum Himmelsturz eine Verabredung einzutreten zu lassen und zu beenden. Es sollen alsbald möglichst alle großen Vorfragen erledigt werden.

Wien, 9. Mai. Dem Reichspräsidenten ist ein Schreiben, das die militärische Seite der Verabredung betrifft, an den Kaiser überreicht worden. Es enthält die Bitte, die Reichsregierung zu unterstützen.

Wien, 9. Mai. Die von v. Herzberg-Klein im Herrenhaus vorbereitete Interpellation in der Frage der „Militärverfassung“ scheiterte am Widerstand der Reichspartei der konservativen Fraktion des Herrenhauses und wird deshalb nicht eingebracht werden.

Wien, 9. Mai. Ein orkanartiger Nordost hat in der letzten Nacht Schwärze gebracht, das das Holenollert verdrängt. Die durchgehenden Wellenmassen brachten schreckliche Booten zum Sinken. Mehrere Ertränkungen von Seefahrern sind von der Außenküste gemeldet; Bergungsdampfer sind ausgegangen.

Stolz (Rommern), 9. Mai. Vor dem Leber Hofen sind sechs Stroh mit einem Nordsturm 4 Rutter getrieben. Sämtliche Mannschaften sind ertrunken. Mehrere Rutter fehlen noch.

Wien, 9. Mai. Hier erregte sich, dem „V. T.“ zufolge, ein großer, unermühter Gedröhn. Der heilige hochangesehene Reichstagsrat Fortmann verließ sich in Ungarn. Die bisher fehlgeschickten Verträge belaufen sich auf nahezu 500,000 Mark, während Älteren fast gar nicht vorhanden sind.

Hamburg, 9. Mai. Eine große Feuersbrunst schickte gestern nachmittag im Dorfe Westergaarden bei Wittenhüt 27 Gebäude ein. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Wien, 9. Mai. Die Weltstellung Österreichs wird von den Deutschen als „V. T.“ bezeichnet. Von dem hier, beim Einlegen in den Reichstagsrat, sind 32 wurden zwei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Ein Mann ist ertrunken.

Wien, 9. Mai. Anfolge des Nordostwindes trat in der vorigen Nacht im tiefen Süden Schwärze ein. Die Straßen in der Nähe der Stadt wurden abgeräumt. Das Wasser ist auch heute noch gelassen.

Wien, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legten die Tscheken die Obstruktion durch namentliche Vorkommnisse zu den vorliegenden Petitionen fort. Während der Sitzung, kaum vierstündig, wurde es wiederholt zu tätigen und scharfen Zusammenstößen zwischen den Deutschen und Tscheken. Das Präsidium der Reichstagsversammlung hat die Obstruktion zu beenden, um die Tscheken zum Aufgeben der Obstruktion zu bewegen. Die Regierung plant vorläufig eine Unterbrechung der Sitzungen auf etwa 14 Tage.

Wien, 9. Mai. Die deutsche Volkspartei hielt eine Sitzung ab, worin sie über die Sprachengesetzvorlage der Regierung beriet. Es wurden dabei namentlich die bei Wägen in der jetzigen Fassung hinsichtlich mehrerer Punkte einmütig für unannehmbar erklärt. Der Parteivorstand wurde beauftragt, in der Deputiertenkonferenz diese Anschauung zu vertreten.

Wien, 9. Mai. Die tschechische Volkspartei folgte einer Resolution, in der sie die Obstruktion verurteilt. Die Polen und Slowenen sprachen sich gegen die Obstruktion aus.

Wien, 9. Mai. In der Aula der Universität kam es heute mittig zu Schlägereien zwischen deutsch-nationalen und tschechischen Studentenverbänden. Letztere wurden aus der Aula hinausgedrängt. Wie die Blätter melden, räumte die Polizei mit gezogenem Säbel die Kampe vor der Universität.

Wien, 9. Mai. Dr. Siroch, Minister für Krieg, früher in Innsbruck, ist durch ehrenmäßige Entlassung des Kaiserlichen in Innsbruck seiner Offizierscharge verlustig erklärt worden, weil er am deutsch-nationalen Parteitag am 23. April 1895 die Ablehnung eines Wählzuges an den Abgeordneten Wolf beantragte und dadurch angeblich auf die am 23. April 1895 in Wien an einer öffentlichen Versammlung seiner politischen Gesinnung Anstoß gab.

Wien, 9. Mai. Die tschechischen Deputierten richteten die beständigen Angriffe gegen den Ministerpräsidenten und versuchten entschieden die Sprachengesetzvorlage. Die „Moravia Weekly“ erklären die Vorhänge des Hofes als die harte Weisung der tschechischen Nation, auf die es nur eine Antwort gebe: die Obstruktion.

Wien, 9. Mai. Prinz Albert von Belgien ist gestern nachmittag von Wien zurückgekehrt; er wurde alsbald vom Könige in Schloß Hof empfangen.

Paris, 9. Mai. Das Richterpolizeigericht verurteilte den früheren Beamten des Marineministeriums Philipp in contumacia zu vier Jahren Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe wegen Vertrauensbruchs und Betrugens.

Wien, 9. Mai. Die Ausdrücke des Besuchs nehmen ab; die Explosionen werden fast ganz aufgehört. Die Bevölkerung ist ruhig.

Wien, 9. Mai. In ganz Indien ist die Pest in weitestlicher Ausdehnung begriffen.

Wien, 9. Mai. Man will schon wieder einem Komplot auf die Spur gekommen sein. Es wurden nämlich drei vergangen Nacht eine gewisse Anzahl der in der Vorstadt wohnenden Polakiden und sonstige gefährliche Funktionäre verhaftet, von denen einige zwar verurteilt wurden, andere jedoch freigelassen wurden. Die Verhaftung zu Gunsten eines T. von M. ist gemeldet.

Wien, 9. Mai. Das Segelschiff „Sierra Nevada“ welches sich auf der Fahrt von Liverpool nach Melbourne befindet, ist vor den Heids gescheitert. Nur fünf Personen der Mannschaft wurden gerettet, zwei und zwanzig, darunter der Kapitän, wurden ungenommen sein.

Wien, 9. Mai. In der Budgetkommission des Reichstages (Wien) legten die Abgeordneten Gröber (Chr.) und Müller-Gulda folgende Anträge zur Verabredung der Flottenverträge vor: 1. Über beantragt als § 6: „Beschaffung der Mittel“ folgendes: 2. Der sich insolge dieses Gesetzes ergebende Mehrbedarf an Reichsgeldmitteln wird aufgebracht: erstens durch Erhöhung

der Reichs-Stempelabgaben auf Meßwaren, Aufgeschäfte und Lotterielose, sowie durch Einführung einer Reichs-Stempelabgabe auf Rufe, Schiffsrückstände und Seefahrtskarten; zweitens durch Erhöhung der Rölle auf Schaumwein, Branntwein und andere Luxusgegenstände; drittens durch Einführung einer Verbrauchssteuer auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Sachverhalte, welche die Erzeugung von Bier nicht durch Erhöhung oder Vermehrung von Indekten, den Meßwarenverbrauch belastenden Reichsabgaben gedeckt werden.“

Wien, 9. Mai. Der Reichstagsrat ist zu ersehen, daß die Sorge zu tragen: erstens, daß von dem Reichstagsrat 1901 ab im Etat für die Erneuerung der Marine die beiden Seiten für die Erneuerung (statt bisher zwei Drittel), von den Schiffbaukosten 6 (statt

11. Ziehung der 4. Klasse 202. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers for 'Ziehung von 2000 Mark' and 'Ziehung von 1000 Mark'.

12. Ziehung der 4. Klasse 202. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers for 'Ziehung von 2000 Mark' and 'Ziehung von 1000 Mark'.

bisher 5) Prozent des Wertes der Flotte auf den abzurufen lichen Etat übernommen werden; zweitens, daß von demselben Zeitpunkt ab auf den außerordentlichen Marineetat nur noch die Ausgaben für Landbeschaffungen, Dock- und ähnliche auf die Dauer bestimmte Anlagen genommen und die gesamten Mittel für die Erhaltung der Flotte aus dem Reichsstaatsbudget zu entnehmen sind. Die Reichs-Stempelabgaben über das Staatslot für das Meßwarenverbrauchen, abgedeckt werden; drittens, daß dann der von diesem Verbräuche noch verbleibende Ueberschuß zur Erneuerung der Reichsflotte oder zur Verkleinerung der Reichsflotte nach Vorgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung findet.“

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers for 'Ziehung von 2000 Mark' and 'Ziehung von 1000 Mark'.

